

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Die Finanzierung der deutschen Entwicklungshilfe

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1961) : Die Finanzierung der deutschen Entwicklungshilfe, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 41, Iss. 1, pp. 9-10

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133071>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

während sie im zweiten Fall offen präsentiert, gewissermaßen ins internationale „Schaufenster“ gestellt werden.

Leistungsbilanz als Resultat wirtschaftspolitischer Bedingungen

Die aus derart unterschiedlichen Dispositionen entstehende Differenzierung der finanziellen Leistungsfähigkeit steht häufig im Gegensatz zu den Unterschieden in der Leistungsfähigkeit auf Grund der natürlichen Produktionsbedingungen, denn Kapital fließt nor-

malerweise entgegen dem Gefälle in der Produktivität der übrigen Produktionsfaktoren, d. h. es fließt von der höher entwickelten Volkswirtschaft in die weniger entwickelte Volkswirtschaft.

Zusammenfassend ist also offensichtlich, daß die Aussagefähigkeit der Zahlungsbilanz für die Beurteilung der „objektiven“, realwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nur für eine bestimmte Konstellation von politischen und daher willkürlichen Bedingungen gilt. Ein brauch-

barer Maßstab ist die Zahlungsbilanz lediglich für die finanzielle Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft im strengen, rein liquiditätstechnischen Sinn. Und auch diese ist nochmals beschränkt auf die Möglichkeit des Transfers finanzieller Leistungen von einem Währungsgebiet ins andere, sie besagt nicht im geringsten etwas über die Aufbringungsmöglichkeiten der Leistungen im Innern, ob etwa durch höhere Steuern oder auch private Kapitalausfuhr. (G.G.)

Die Finanzierung der deutschen Entwicklungshilfe

Jegliche Entwicklungshilfe findet heftige Kritiker. Sie verleite die Empfänger dazu, über die eigenen Kräfte hinaus zu leben; sie sei in der Regel mit Korruption verbunden und reiße neue soziale Gegensätze auf, weil sie die Reichen in den Entwicklungsländern eher erreiche als die Armen. Außerdem störe sie das auf Leistung und Gegenleistung aufgebaute System der Weltwirtschaft. Trotzdem werden ihre Befürworter obsiegen! Denn die Entwicklungshilfe gehört zum Instrumentarium derer, die zu überleben hoffen, ebenso wie derjenigen, die im kalten Kriege um die Macht kämpfen. Wie die Marshall-Hilfe 1947 zu dem Motor wurde, der Europas Karren aus dem Schutt zog, so kann auch die Entwicklungshilfe große Wohlstandsmehrungen auslösen. Neben ihnen schlägt dann der fehlerhafte Beibau nicht zu Buche.

Lange Zeit war die Entwicklungshilfe in der westlichen Welt hauptsächlich das Werk der Bundesfinanzpolitik der USA. Sicherlich gab es daneben die kommerziellen Entwicklungsleistungen des privaten Kapitalexportes. Sie sind und bleiben wichtig. Auch haben sie ihre eigene Problematik, wie der unendlich langsame Fortschritt bei der Annahme und Beachtung einer Konvention zum Schutze der Auslandsinvestitionen zeigt. Was die anderen Industrieländer offiziell taten, hat zu lange kolonialwirtschaftliche Züge getragen.

Die Bundesrepublik muß mithelfen!

Ein Kurswechsel erscheint in mehrfacher Hinsicht geboten. Die USA brauchen Bundesgenossen, der Dollarimperialismus und die alten Kolonialwirtschaftsmethoden bedürfen einer Überleitung ins Kaufmännisch-Humane. Daß die Bundesrepublik Deutschland hierbei mitzumachen hat, bedarf unter dem Zeichen der atlantischen Wirtschaftsgemeinschaft keiner langen Begründung. Selbst den Maßstab braucht man nicht mehr lange zu erörtern: 1—1½ % des Bruttosozialproduktes dürfte eine Größenordnung sein, die einerseits sozial und monetär aufbringbar und andererseits auch honorig unterbringbar ist. „Untied“, d. h. nicht an Lieferungen des hilfsbereiten Landes gekoppelt, sollte zum guten Ton der Entwicklungshilfe gehören.

Grundsätzlich Angelegenheit des Bundeshaushalts

Die Aufbringung sollte zur Sache aller werden. Das bedeutet: Grundsätzlich gehört die Etatisierung der Entwicklungshilfe in den Bundeshaushalt, und zwar ins Ordinarium, soweit es sich um verlorene Zuschüsse handelt, und ins Extraordinarium, da wo Verzinsung und Tilgung gewährleistet sind. Aber mit einem Bundestag, der in den Wahlkampf strebt, war das 1960/61 rational kaum noch zu machen. Zu diesem Schluß berechtigt Prof. Erhards Zögern gegenüber seiner eigenen Forderung einer Entwicklungshilfe-Steuer.

Deshalb war zunächst ein Provisorium fällig. Zwar nicht mehr für den Grundstock, wohl aber für die Aufstockung. Eine Basis wird nämlich seit ein paar Jahren schon im Budget des Bundes etatisiert. Ein weiterer Betrag ließ sich in den Aktionsbereich der Wiederausleihung des ERP-Sondervermögens durch das Bundesschatzministerium und die Kreditanstalt für Wiederaufbau hineinnehmen. Aber 2—3 Mrd. DM, die man einzusetzen wünschte, fehlten noch, als die diplomatische Aktivität der USA die Bonner Stellen aufscheuchte. Ein Rätselraten über neue Finanzquellen setzte ein, das allen John Law-Naturen Freude bereitet hätte.

Das Provisorium der Finanzierung

Folgendes kam dabei heraus: Etwa ½ Mrd. DM soll aus dem Erlös des Verkaufs von Aktien des Volkswagenwerks isoliert und der Entwicklungshilfe zugewiesen werden. Ferner sollen sich mit einer Anleihe in Höhe von 500—700 Mill. DM die Bundesländer beteiligen, deren Steuereinnahmen in der guten Konjunktur enorm gestiegen sind. Hier wird der antizyklische fiskal-politische Nebenzweck der Aktion besonders deutlich. Beiden Quellen gegenüber mußte man sich aber über das Außergewöhnliche, das Einmalige im klaren bleiben. Man kann nämlich den Verkauf von Volksvermögen nicht wiederholen, und man beteiligt die Länder nicht, ohne sie zu versuchen, an der Außenpolitik.

Zur dritten Quelle wurde die Wirtschaft, als einige ihrer berufenen Sprecher im Zusammenraffen von außen-, konjunktur-, steuer- und kreditpolitischen Überlegungen eine Milliarde DM im Kreditwege für die Entwicklungshilfe anboten. Die Idee war, eine nahezu marktgerecht verzinst, mit 5 Freijahren ausgestattete, fünfzehnjährige Anleihe von 1 000 Mill. DM durch ein paar hundert große Unternehmen zugunsten der Kreditanstalt für Wiederaufbau zeichnen zu lassen, damit diese sie im Maßstab von Weltbankprojekten ausleihe. Die Zeichner sollten 5 Jahre an ihre Zeichnung gebunden sein, während die Anleihe danach, also für die Tilgungsjahre, an den Börsen eingeführt werden sollte.

Zeichnungsbereitschaft wurde überzogen

Leider wurde diese Idee überdehnt. Das Anleihesoll wurde auf 1500 Mill. DM aufgestockt. Daß damit die Zeichnungsbereitschaft und -fähigkeit des Big Business überzogen war, wurde nach dem ersten Abtasten der Zeichnungsbereitschaft sichtbar — auch wenn neunmal gescheite Interpreten der Umsatzsteuerstatistik genügend hundertfache Umsatzmillionäre entdeckten, die, wenn sie alle 1 % vom Umsatz zeichnen würden, 1 500 Mill. hätten aufbringen können, zumal sie angeblich ausreichende Kreditlinien frei hatten, um sich zinsgünstiger im Ausland zu refinanzieren. Derlei Märchen sind während der ganzen Bearbeitungs-

zeit aufgetischt worden, nachdem die Aktion in ein schiefes Licht gerückt worden war: einmal des „Abkaufens“ konjunktur- und währungspolitischer Entschlüsse und zum anderen der Wiederholung der Investitionshilfe von 1951/52.

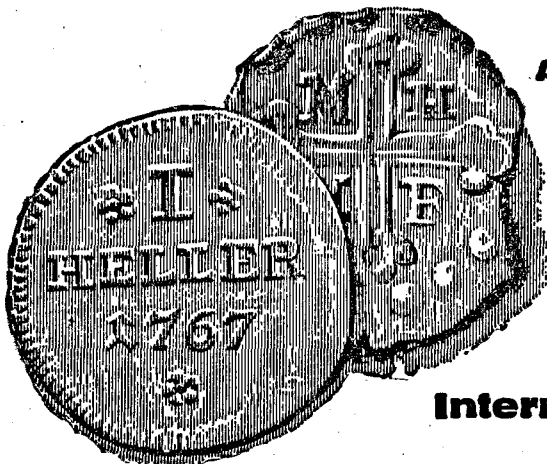
Erfahrungen . . .

Die Wirklichkeit sah anders aus. Die mit der Werbung fürs Zeichnen der Anleihe beauftragten Verbände haben ihren Einfluß über Gebühr strapazieren müssen. Fast 50 000 Unternehmen der Industrie, der Versicherung, des Kreditwesens, des großen Einzelhandels, des Außenhandels und des Verlagswesens sind angesprochen und mit Prospekten und Zeichnungsscheinen versehen worden. Gut 6 000 haben ihre Zeichnungsbereitschaft gegenüber der Bundesbank, die als Fiskalagent für die Bundesrepublik tätig wurde, erklärt. Einzelzeichnungen von über 30 Mill. DM bis herunter zu 1 000 DM wurden registriert. Beweise des Unverstands wie des guten Willens kamen auf. Ein besonders großes Unternehmen, das sich gern als marktwirtschaftlicher Musterknabe feiern läßt, nahm eine bedrohte Subvention zum Anlaß, auszuscheren. Verbände, die sich von der Anleiheaktion distanzierten, nahmen in den organisatorischen Grenzbereichen die Eulenspiegel-Chance wahr, sich möglichen neuen Mitgliedern gegenüber als die besseren Schützer aufzuspielen. Ganze Gruppen fanden den Weg von der

vaterländischen Tirade zur klaren Zahl nicht. Andere meinten, sich erst binden zu können, wenn ihre Rivalen und die Außenseiter der Verbände zum Mitmachen gewonnen wären.

Demgegenüber bedurfte es bei anderen Gruppen nur einer oder zwei Beratungen, um den Beschluß zu fassen, sich mit einem Prozentsatz des Umsatzes zu beteiligen — und schon flossen die Zeichnungen geradezu automatisch. Bis exakt auf die Mark haben sich viele Unternehmen veranlagt. Andere haben bereitwillig aufgestockt, um ein gutes Beispiel zu geben. Durchweg haben sich die Unternehmen im öffentlichen und im ausländischen Eigentum vorbildlich beteiligt. Wenn es bis zur Niederschrift dieser Zeilen (10. 1. 1961) auch noch nicht gelungen war, den ganzen Anleihebetrag unterzubringen, so sind die gezeichneten vielen 100 Mill. doch ein eindeutiger Beweis dafür, daß die deutsche Wirtschaft die Entwicklungshilfe bejaht und bereit ist, zu ihrer Finanzierung beizutragen.

Belegschaftsbeschlüsse, zugunsten von konkreten Entwicklungsprojekten in den Betrieben zu sammeln, zeigen außerdem, daß der Gedanke, den überbevölkerten Ländern bei der Industrialisierung zu helfen, auch in Arbeitnehmerkreisen Wurzel gefaßt hat. Dies müßte es dem kommenden Bundestag leicht machen, das Provisorium der Sonderfinanzierungen durch Etatisierung des deutschen Beitrags zur Entwicklungshilfe abzulösen. (W)



Auf Heller und Pfennig

muß die Rechnung stimmen — bei jedem guten Kaufmann. Einsatz und Ertrag müssen immer im rechten Verhältnis zueinander stehen. Wenn in alten Zeiten die Kaufleute zweimal im Jahr zur Frankfurter Messe in der Stadt der Waren und des Geldes „auf Heller und Pfennig“ abrechneten, wußten sie jedesmal, daß sich die Mühen langer, gefährvoller Reisen, daß sich Einsatz und Risiko gelohnt hatten. Die Auswahl der Waren der ganzen damals bekannten Welt sicherte Geschäft und Ertrag. So ist es noch heute: die Internationale Frankfurter Messe bietet dem Einkäufer ein repräsentatives Angebot von Konsumgütern aus aller Welt, dazu die Fülle der Möglichkeiten zum Vergleich und zum persönlichen Kontakt mit den Ausstellern. Eine Reise zur Frankfurter Messe zahlt sich immer aus — auf Heller und Pfennig.

Internationale Frankfurter Messe
5. - 9. März 1961

